



Einzureichen an: \_\_\_\_\_

Investitionsbank Sachsen-Anhalt  
Regionalentwicklung und Wissenschaft  
Domplatz 12  
39104 Magdeburg



Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) eine Förderung aus dem Programm

## Gleichberechtigte Lebensperspektiven öffnen

gemäß der Bekanntmachung des Ideenwettbewerbs

Finanzplanebene 21.03.1– Gleichberechtigte Lebensperspektiven öffnen: Abbau von Geschlechterstereotypen insbesondere bei Berufsorientierung und Lebensplanung

In Form

eines Zuschusses

einer Zuweisung

Gegenstand des Vorhabens ist das Handlungsfeld

Schaffung selbstbestimmter Lebensräume für alleinerziehende, junge Frauen durch Begleitung auf dem Weg zur eigenständigen Existenzsicherung durch eine Berufsausbildung

Virtuelle Berufsorientierung im MINT-Bereich

Schaffung selbstbestimmter Lebensräume durch gezielte zukunftsorientierte Berufs- und Karriereplanung / -begleitung für Studentinnen im MINT-Bereich

MINT-Berufsorientierung und Berufswahlcoaching für Schülerinnen

Chancen für Frauen im Handwerk eröffnen

### 1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

#### 1.1 Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Gründungsdatum

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

E-Mail

Landkreis/Gemeindenummer (falls zutreffend)

Handels-/Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)

Registergericht (falls vorhanden)

Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO)\*

Umsatzsteuer-ID\*\*

Branche/Tätigkeitsbereich\*\*

Vorsteuerabzugsberechtigt?

Ja

Nein

teilweise mit

%

#### Rechtsform

OHG

GbR

KG

GmbH

AG

Körperschaft ö. R.

Verein (e.V.)

Sonstige

\* bei wirtschaftlich Tätigen/Unternehmen \*\* nicht bei Privatpersonen und Kommunen

### 1.2 Ansprechpartner zum Antrag (sofern zutreffend)

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

## 2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

### 2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

### 2.2 Vorhabenbezeichnung

Titel des Vorhabens

### 2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

## 3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

### 3.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

Personalausgaben (Pauschal gemäß Zuwendungsrechtsergänzungserlass)

Indirekte Ausgaben (Pauschal 15 v.H. der Personalausgaben)

direkte Ausgaben

davon:

Ausgaben für Dienstreisen des Projektpersonals gemäß Bundesreisekostengesetz

Ausgaben für Lehrgänge und Leistungen externer Einrichtungen

Miet- und Mietnebenausgaben für projektbedingte Räume der Teilnehmenden

Ausgaben für projektbedingte Fahrten der Teilnehmenden

Ausgaben für Kinderbetreuung, die Teilnehmenden aus Anlass der Teilnahme am Projekt entstehen und die über den gesetzlichen Anspruch hinausgehen

Miete und Leasingausgaben für projektbezogene Ausstattungsgegenstände

Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter

Projektbezogene Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit

**Summe der Ausgaben**

### 3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Berücksichtigungsfähige Mittel anderer öffentlicher Stellen	<input type="text"/>
Private Mittel Dritter	<input type="text"/>
Eigenmittel	<input type="text"/>
Beantragte Zuwendung/Zuweisung	<input type="text"/>
<b>Summe der Finanzierungsmittel</b>	<input type="text"/>

### 3.3 Finanzierung der Ausgaben / Aufteilung mehrjähriger Vorhaben

	Jahr	geplante Gesamtausgaben (in Euro)	beantragte Zuweisung/ Zu- wendung (in Euro)
	20	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	20	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	20	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	20	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	<b>Summe</b>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

## 4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

## 5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

### 5.1 Allgemeiner Teil

Ich/Wir erkläre(n):

- Mir/Uns sind die sich aus der Bekanntmachung zur Einreichung von Projektideen zum Ideenwettbewerb Gleichberechtigte Lebensperspektiven öffnen: Abbau von Geschlechterstereotypen insbesondere bei Berufsorientierung und Lebensplanung ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt.
- Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt der Bewilligung. Mit/uns ist das Merkblatt mit Hinweisen zum förderungsschädlichen Vorhabenbeginn bekannt (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).
- Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- Ich erkläre/wir erklären, dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausgaben für eine Verlagerung gemäß Artikel 66 Absatz 1 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 27 Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gefördert werden. Eine Verlagerung ist gemäß Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 die Übertragung derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit oder eines Teils davon von einer im Gebiet einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte (ursprüngliche Betriebsstätte) zu der im Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte, in der die geförderte Investition getätigt wird (geförderte Betriebsstätte). Eine Übertragung liegt vor, wenn das Produkt oder die Dienstleistung in der ursprünglichen und in der geförderten Betriebsstätte zumindest teilweise denselben Zwecken dient und der Nachfrage oder dem Bedarf desselben Typs von Verbrauchern gerecht wird und in einer der im Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen ursprünglichen Betriebsstätten des Beihilfeempfängers Arbeitsplätze im Bereich derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit verloren gehen.
- Ich erkläre/wir erklären auch, dass gemäß Artikel 66 Absatz 2 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 14 Absatz 16 Verordnung (EU) Nr. 651/2014 in den beiden Jahren vor der Beantragung der Beihilfe keine Verlagerung hin zu der Betriebsstätte vorgenommen wurde, in der die Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, getätigt werden soll. Ich verpflichte mich/ Wir verpflichten uns, dies auch in den beiden Jahren nach Abschluss der Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, nicht zu tun.
- Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.

- k) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- l) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.  Ja  Nein
- m) Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir das Hinweisblatt zur Wahrung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB). zur Kenntnis nehme(n) und das Vorhaben im Einklang damit umsetzen werde(n). Sofern das beantragte Vorhaben auch die Förderung von Teilnehmern umfasst, werde ich/werden wir diese Informationen an die Teilnehmer weitergeben. Mir/Uns ist bewusst, dass eine Verletzung der in der Charta verankerten Grundrechte im Zusammenhang mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens zu einem teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung führen kann.

### 5.2 Erklärungen für die Beantragung eines Zuschusses

- n) Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir die für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n).  
Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) zu beachten haben. Die v. g. Regelungen werden anerkannt.
- o) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- p) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.

### 5.3 Erklärungen für die Beantragung einer Zuweisung

- q) Mir/uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuweisung nach § 34 LHO nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Fördergrundsätzen werden anerkannt.
- r) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung der beantragten Zuweisung gesichert.
- s) Ich/Wir erkläre(n), dass die Förderung sich ausschließlich auf den nichtwirtschaftlichen Bereich der Forschungseinrichtung bzw. der Forschungsinfrastruktur bezieht und dass im Falle der Ausübung von wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten die Kosten, Erlöse und Finanzierungen klar voneinander getrennt werden. Ich/Wir können zu diesem Zweck eine getrennte Buchführung für beide Bereiche nachweisen (bitte ankreuzen).  Ja  Nein
- t) Falls keine getrennte Buchführung für die Ausübung von wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Tätigkeit möglich ist: Ich/Wir erkläre(n), dass sofern die Forschungseinrichtung/Forschungsinfrastruktur sowohl wirtschaftlich als auch nicht wirtschaftlich genutzt wird, gewährleistet ist, dass
- eine klare Trennung zwischen der geförderten nicht wirtschaftlichen Tätigkeit und einer wirtschaftlichen Tätigkeit nach Kosten, Finanzierung und Erlösen erfolgt, so dass keine Gefahr der Quersubventionierung der wirtschaftlichen Tätigkeit besteht oder
  - die wirtschaftliche eine reine Nebentätigkeit ist, die mit dem Betrieb der Forschungseinrichtung oder der Forschungsinfrastruktur unmittelbar verbunden und dafür erforderlich ist oder die in untrennbarem Zusammenhang mit der nicht wirtschaftlichen Haupttätigkeit steht und ihr Umfang begrenzt ist. Für die wirtschaftliche Tätigkeit werden dieselben Inputs (wie Material, Ausrüstung, Personal und Anlagenkapital) wie für die nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten eingesetzt und die für die wirtschaftliche Tätigkeit zugewiesene Kapazität beträgt nicht mehr als 20% an der jährlichen Gesamtkapazität der Forschungseinrichtung bzw. Infrastruktur.
- u) **Behrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1), 1.2), 2.1), 2.2), 2.3), 3.1), 3.2), 3.3), 4, 5 a), 5 b), 5 c), 5 d), 5 e), 5 f), 5 g), 5 h), 5 i), 5 j), 5 k), 5 m), 5 n), 5 o), 5 p), 5 r), 5 s), und 5 t) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9. und 10. beizufügenden Unterlagen  
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

**Elektronische Kommunikation:** In der Regel erfolgt der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das [IB-Kundenportal](https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal). Ausnahmen hiervon sind bei der Bewilligungsstelle zu beantragen und zu begründen. Für die Nutzung des IB-Kundenportals ist eine Registrierung erforderlich. Nähere Informationen zum IB-Kundenportal finden Sie unter <https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal>.

## 6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

### 6.1 Veröffentlichung

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird.

### 6.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

#### a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

**Zweck der Analyse der Daten zur Person:** Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

**Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

#### b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

**per Post**       **telefonisch**       **per E-Mail**

### 6.3 Hinweise zur Datennutzung

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antrag geforderten Angaben zum Antragsteller und seinen wirtschaftlichen Eigentümern (nicht relevant für Hochschulen) zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe a Verordnung [EU] Nr. 2016/679 Datenschutz-Grundverordnung, § 4 Satz 1 Nr. 1 Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt - DSAG LSA in Verbindung mit Artikel 69 Absatz 2 und Anhang XVII Verordnung [EU] 2021/1060).

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung bei der IB verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union übermittelt und von diesen verarbeitet werden können. Die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung zum Umgang mit meinen Daten sowie die Information über die mir zustehenden Rechte habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).

Ich habe/Wir haben alle wirtschaftlichen Eigentümer über die Erhebung und Verarbeitung ihrer im Antrag geforderten Angaben informiert und die entsprechenden Datenschutzhinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten wirtschaftlicher Eigentümer (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB) allen wirtschaftlichen Eigentümern zur Kenntnis gegeben. (nicht relevant für Hochschulen)

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

## UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)